**Tiroler Aktions-Plan zur Umsetzung**

**der UN-Behinderten-Rechts-Konvention**

**Kapitel:** **Krisen-Schutz und Katastrophen-Schutz**

Eine Krise ist eine gefährliche Lage.

In einer Krise gibt es Probleme.

Zum Beispiel: Die Corona-Krise.

Katastrophen sind gefährliche Ereignisse oder Situationen.

Zum Beispiel Überschwemmungen, Stürme, Lawinen, Muren oder ein großes Feuer.

Dieses Video beschäftigt sich mit den Themen:

* Menschen mit Behinderungen in Krisen und Katastrophen-Fällen
* Barriere-freies Notruf-System und Warn-System
* Corona-Krise

1. Was sagt die UN-Behinderten-Rechts-Konvention?

Alle Menschen mit Behinderungen sollen in Sicherheit leben können.

Der Staat muss Menschen mit Behinderungen in Krisen und Katastrophen-Fällen schützen.

Sie müssen Informationen und Unterstützung erhalten.

1. Menschen mit Behinderungen in Katastrophen-Fällen

Wie ist die Situation in Tirol?

In Tirol gibt es das Katastrophen-Management-Gesetz.

Das Katastrophen-Management-Gesetz ist ein Gesetz zur Katastrophen-Hilfe in Tirol.

Darin stehen Regelungen,

wie sich Behörden auf Katastrophen vorbereiten können.

Behörden erstellen Pläne für den Katastrophen-Schutz.

Diese Pläne heißen Katastrophen-Schutz-Pläne.

In Tirol gibt es Schulungen für Menschen,

die im Katastrophen-Schutz arbeiten.

In Tirol werden auch Übungen gemacht.

Damit sich Personen, die im Katastrophen-Schutz arbeiten,

gut auf Katastrophen vorbereiten können.

Diese Übungen heißen Katastrophen-Schutz-Übungen.

Menschen mit Behinderungen werden im Bereich des Katastrophen-Schutzes

zu wenig berücksichtigt.

Menschen mit Behinderungen werden auch in Krisen-Fällen

zu wenig berücksichtigt.

Zum Beispiel in der Corona-Krise.

Welche Maßnahmen wurden vorgeschlagen,

um die Ziele der UN-Behinderten-Rechts-Konvention zu erreichen?

* Das Krisen-Management kümmert sich um Probleme in Krisen oder Katastrophen-Fällen.

Menschen mit Behinderungen sollen im Krisen-Management mit-reden

und mit-entscheiden können.

* Menschen mit Behinderungen sollen bei Katastrophen-Übungen dabei sein.
* Es wird geprüft, welche Schulungen es für Menschen gibt,

die im Katastrophen-Schutz arbeiten.

Und ob es Schulungen gibt, wie man mit Menschen mit Behinderungen

in Katastrophen umgehen soll.

Die Schulungen sollen weiter-entwickelt werden.

* Katastrophen-Schutz-Pläne und Notfall-Pläne sollen

Regelungen für Menschen mit Behinderungen im Krisen-Fall enthalten.

* Das Land Tirol soll eine Check-Liste für Katastrophen-Schutz-Pläne machen.

Die Check-Liste ist ein Leit-Faden.

In der Check-Liste steht,

welche Regelungen für Menschen mit Behinderungen

in Katastrophen-Schutz-Plänen und Notfall-Plänen wichtig sind.

Die Check-Liste wird gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen

und Interessens-Vertretungen erstellt.

* Menschen mit Behinderungen,

die sich Katastrophen-Schutz-Pläne ansehen möchten,

sollen dabei unterstützt werden.

Das Land Tirol informiert die Behörden,

dass sie Menschen mit Behinderungen bei der Einsichtnahme

unterstützen müssen.

* Im Bereich der Katastrophen-Vorsorge werden

Menschen mit Behinderungen einbezogen und berücksichtigt.

* Unterschiedliche Wege von Warnungen sollen berücksichtigt werden.

Zum Beispiel Möglichkeiten von Warnungen

für Menschen mit Lern-Schwierigkeiten,

Menschen mit Sinnes-Beeinträchtigungen

oder für Menschen, die nicht gut Deutsch können.

* Ein transparentes Krisen-Team soll geschaffen werden.

Ein Krisen-Team ist transparent,

wenn die Entscheidungen verständlich und nachvollziehbar sind.

Menschen mit Behinderungen sollen Informationen erhalten,

wann sie Bedienstete an den jeweiligen Behörden erreichen können.

Es soll auch Krisen-Ansprech-Personen geben,

mit denen man sich austauschen kann.

* In Krisen-Situationen oder Katastrophen-Situationen

soll gewährleistet werden,

dass alle Ziel-Gruppen Informationen erhalten.

Die Weitergabe von Informationen muss gut geregelt sein.

1. Barriere-Freies Not-Ruf-System und Warn-System

Wie ist die Situation in Tirol?

Mit einem Notruf-System kann man sich

in Gefahren-Situationen einfach Hilfe holen.

Menschen mit Behinderungen müssen einfach und schnell

auf Gefahren-Situationen hinweisen können.

Das Notruf-System in Tirol soll umfassend barriere-frei sein.

Man muss Menschen mit Behinderungen im Katastrophen-Fall warnen.

Das Warn-System in Tirol soll umfassend barriere-frei sein.

Man muss Menschen mit Sinnes-Beeinträchtigungen und

Menschen mit Lern-Schwierigkeiten berücksichtigen.

Welche Maßnahmen wurden vorgeschlagen?

* Es soll geprüft werden,

ob Warn-Systeme in Tirol umfassend barriere-frei sind.

Die Warn-Systeme sollen weiter-entwickelt werden.

* Es soll geprüft werden,

ob Notfall-Systeme umfassend barriere-frei sind.

Zum Beispiel die Notfall-Apps.

* Es soll ein barriere-freies Alarm-System geben.

Damit alle Menschen mit Behinderungen schnell

auf Gefahren-Situationen hinweisen können.

Zum Beispiel sollen Notfall-Apps weiter-entwickelt werden.

Menschen mit Behinderungen sollen die Möglichkeit haben,

Sprach-Nachrichten an Einsatz-Kräfte zu schicken.

Oder Einsatz-Kräfte anzurufen.

Die App soll einfach gestaltet sein.

Zum Beispiel in leichter Sprache oder mit Symbol-Bildern.

* Das Land Tirol soll eine Notruf-Chat-Funktion prüfen.

Menschen mit Behinderungen sollen in die Arbeit miteinbezogen werden.

* Es soll Gespräche geben,

wie Barriere-Freiheit digital umgesetzt werden kann.

Und es soll Gespräche geben,

welche Grenzen digitale Anwendungen für Menschen mit Behinderungen haben.

1. Corona-Krise

Wie ist die Situation in Tirol?

Viele Menschen sind von der Corona-Krise betroffen.

Manche Menschen sind gestorben oder krank geworden.

Manche müssen von zu Hause aus arbeiten.

Andere verloren sogar ihre Arbeits-Stelle.

Menschen mit Behinderungen sind von der Corona-Krise besonders betroffen.

Sie können viele Angebote nur eingeschränkt nutzen.

Und bekommen in der Corona-Krise oft genug Unterstützung.

Die Corona-Krise hat gezeigt,

dass Menschen mit Behinderungen manchmal zu wenig berücksichtigt werden.

Welche Maßnahmen wurden vorgeschlagen?

* Es soll Untersuchungen geben,

wie sich die Corona-Krisen-Arbeit auf Inklusion und Exklusion

ausgewirkt hat.

Die Ergebnisse sollen veröffentlicht werden.

* Das Land Tirol soll die Entwicklungen

rund um die Corona-Krise untersuchen.

* Man soll erheben,

welche Gruppen von Menschen

in Pandemie-Zeiten besonders betroffen sind.

Damit diese Gruppe im Krisen-Fall geschützt werden können.

* Menschen mit Behinderungen sollen auch in Krisen-Zeiten

Gespräche führen können.

Dafür braucht es spezielle Lösungen.

Zum Beispiel durch Balkon-Gespräche oder Begegnungszonen „Hinter Glas“.

* Dienstleister:innen der Behinderten-Hilfe

sollen in Krisen-Fällen kontrolliert werden.

Damit die Dienstleister:innen ihre Leistungen so gut wie möglich weiter erbringen.

* Menschen mit Behinderungen sollen auch in Krisen-Zeiten

mobile Unterstützungen weiter in Anspruch nehmen können.

Zum Beispiel die Persönliche Assistenz

oder Familien-Unterstützung für Kinder und Jugendliche.

* Das Land Tirol soll digitale Kommunikations-Formen ausbauen.

Zum Beispiel Video-Konferenzen oder Video-Telefonie.

* Es soll eigene Maßnahmen-Kataloge

für Wohn- und Betreuungs-Einrichtungen geben.

Und zwar für Einrichtungen der Behinderten-Hilfe

und für Einrichtungen für alte Menschen.

* Mobile Dienste sollen im Krisen-Fall aufrecht bleiben.

Man soll Teams für mobile medizinische Versorgung ausbauen.

* In öffentlichen Kranken-Häusern soll es Betreuungs-Strukturen

für Menschen mit Behinderungen geben.

Angehörige sollen Menschen mit Behinderungen begleiten können.

Es soll Schulungen für das Personal in Kranken-Häusern geben,

und zwar zum Umgang mit Menschen mit Behinderungen.

* Menschen mit Behinderungen sollen nicht immer

als Risiko-Gruppe behandelt werden.

Eltern sollen mitentscheiden, ob ihr Kind zur Risiko-Gruppe gehört.

Im Zweifel sollen Schulärzt:innen die Einschätzung vornehmen.

* Es soll Kurz-Arbeits-Modelle

für Menschen mit Behinderungen in Tages-Strukturen geben.

Und Möglichkeiten für Home-Office.

* Das Land Tirol soll den Grippe-Pandemie-Plan weiter-entwickeln.

Und zwar zu einem allgemeinem Pandemie-Plan.

Der Pandemie-Plan soll die Erkenntnisse der Corona-Krise berücksichtigen.

Und ihre Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen.

Der Plan soll die speziellen Bedürfnisse

von Menschen mit Behinderungen in einer Pandemie berücksichtigen.

Und Empfehlungen für künftige Krisen enthalten.

* Für viele Bereiche, die die Corona-Krise betreffen, ist der Bund zuständig.

In diesen Bereichen soll das Land Tirol mit dem Bund Gespräche führen.

Damit sich die Situation von Menschen mit Behinderungen

in Krisen-Zeiten verbessert.

Zum Beispiel: Der Bund soll die Arbeit von Ehren-Amtlichen

und Zivil-Diener:innen mit Menschen mit Behinderungen in Krisen-Zeiten rechtlich absichern.

Angehörige, die Menschen mit Behinderungen betreuen müssen,

sollen ihre Arbeits-Stelle beibehalten können.

Menschen mit Behinderungen sollen in Krisen-Zeiten

vor Kündigungen geschützt sein.